Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt-straße 10. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 70 und 82. Postscheck-Konto: Saarbrücken 18 Nr. 133

DESPAT AUDIE FOVEI

1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00. Anzeigenpreis: Die Grundzeile 30 mm-Spalte 4,5 Frk., Deutschland 30 Pfg. Amtliche Anzeigen 20 Cent.

Nr. 133 Saarlouis, Mittwoch, den 12. Juni 1929. 58. Jahrgang

Rheinlandräumung und Minderheitenfrage

auf der Madrider Völkerbundstagung.

Nach französischer Lesart nur „Besprechungen", keine „Verhandlungen" über vorzeitige Rheinlandräumung.

Paris, 11. Juni. Die Zeitungen, die durch Sonderkorrespondenten in Madrid vertreten sind, bringen recht eifersüchtige Berichte zum Abdruck, in denen eine strenge Unterscheidung zwischen deutsch-französischen „Verhandlungen" über die Fragen der Rheinlandräumung und der Saarbahnverwaltung und „Besprechungen zwischen Stresemann und Briand" gemacht wird. Die Blätter beschränken sich darauf, „Verhandlungen" zu dementieren und „Besprechungen" gelten zu lassen. Die dementiert sich jedoch, ebenso eindeutig wie dementiert, daß in diese Besprechungen die Saarfrage nicht hineingezogen wurde, da sie nichts mit Reparationsfragen zu tun habe.

Es scheint, daß der in Madrid weilende Außenminister Aristide Briand die Möglichkeit für eine Verhandlung auch über die Saarfrage offen lassen will, wenn er zuerst Informationen über Schwierigkeiten einer Verhandlung mit ihm eingeholt, daß Frankreich, falls diese Schwierigkeiten für es Gelegenheit geben würden, einer Verhandlung auch der Saarfrage nicht mehr entgegenstellen würde. Es bleibt dann nur noch, ohne die 1935 zu warten, es Deutschland anzutun, die Saar-Bevölkerung zu befragen. Daß aber vorläufig nichts weiteres möglich, wenn es sich nur um Zöllen handelte, wäre. Aber würde man, wenn man Deutschland für die Interessen seiner Saar-Bevölkerung bei der Französischen Obstbaumfrage sich von Saargebiet wiedergeben würde, nicht den Gedanken der Abstimmung verstärken? Die Frage dürfte Deutschland nicht sehr schwer fallen, wenn es seine Gesamtinteressen mit dem Saargebiet ganze Genüge. Kaum aber von Frankreich verlangen, daß sie ohne Kompensation, wie sie Polen früher Danzig gewährte, Deutschland Gelegenheit leisten in großer und so augenblicklich, daß Dr. Stresemann es unbedingt vorziehen werde, mit Briand nicht einen Gesamtkompromiß zu Stande zu nehmen, aber den dem Briand mit dem besten Willen kaum eine nützliche Antwort werden geben können.

Die Feststellungen und Angelsächsischen für das Rheinland und das Tempo der Räumung seien bagegen Probleme, die die Vertreter der beiden am meisten interessierten Mächte sehr wohl durchsprechen können, bevor diese Fragen Gegenstand einer Debatte aller Mächte abgeklärt, die auf der kommenden politischen Konferenz ein Wort mitzureden hätten.

Private Besprechung zwischen Dr. Stresemann und Briand.

Paris, 11. Juni. Der nach Madrid entsandte Sonderkorrespondent der Chicago Tribune meldet, daß der französische Außenminister Briand Reichsaußenminister Dr. Stresemann habe bitten lassen, daß er ihm eine private Begegnung zwecks weiteren Unterzeichnung, nämlich 1. daß Frankreich Entschädigung über die Räumung der Rheinlande bis zum 1. Juli 1929 ein Memorandum bei einer der bevorstehenden Besprechungen abzuliefern Vorbereitet der neuen englischen Regierung gestellt werde. Die englische Regierung hat Briand bereits mitgeteilt, daß sich ihrer Vertreter der englischen Regierung. Briand wolle, daß man eine Zusammenkunft der Vertreter der englischen und französischen Regierung, wenn man Gelegenheiten ergreife, die diese beiden dort Besprechungstermin im Rheinland verbrauchen Sicher interessieren. 2. Er empfehle eine internationale Konferenz im Juli oder August, eine Konferenz, die vorzugsweise, Frankreich würde mit London einverstanden sein, wenn die englische Regierung diesen Vorschlag machen sollte.

Neue Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien und Polen machten folgende Schäder Delegierte entsenden: Polen, Rumänien, Südslawien und wahrscheinlich Österreich und Ungarn, da Bragan kam. Die Nachfolgekonferenz zu ergänzen. Die amerikanische Regierung würde ebenfalls eingeladen werden, und mit Nachdruck auf sie scheine die Wahl Kanadas als Vorsitzungsort besonders günstig. In der Zwischenzeit mögen Pläne für die Zurückziehung der alliierten Besatzungstruppen vorbereitet werden, so daß das deutsche Gebiet vielleicht bis zum 1. Juli 1929 vollständig genommen werden, am 1. September von fremden Truppen befreit sein könnte.

Die Minderheitenfrage vor dem Völkerbundsrat.

Madrid, 11. Juni. Mit eröffnender Verspätung ist das Nationalitäten für die Minderheiten heute mittag 12 Uhr im Sonntagsgebäude zu einer weiteren Sitzung zusammengetreten. Der von den ersten Berichterstatter, Abaitia, ausgearbeitete Berichtsentwurf an den Völkerbundsrat ist bereits gestern abend der Delegationen zugegangen und liegt den heutigen Beratungen zugrunde. Die Sitzung wird im wesentlichen einmal die Berichte und Mitteilungen von Reichsaußenminister Dr. Stresemann, die in der letzter Konstituierung Staatssekretär von Schubert ausführlich unterstützt hat. Dr. Stresemann wird die in dem Bericht des Berichterstatters und in den bisherigen Beratungen der Nationalitäten treß widerhallenden Eingriffen des Deutschen Vertreters unbarmherzigst geschlossen grundsätzlich Stellungnahmen sehr eingehend behandeln und dabei nochmals auf die deutschen Anregungen zurückkommen, die vorzugsweise in der Sicherung der Zulässigkeitsrechte des Völkerbundes und Erhebung eines eigenen Organs zur Beobachtung der Lage der Minderheiten und der Hinzuziehung der bisher ausgeschlossenen, mit den beschwerdeführenden Immerwandten Staaten zu den Dreierkomitee gleichen. Aus den deutschen Seite auf Erörterung dieser grundsätzlichen Fragen, die sowohl das Gesamtproblem als auch die Verfahrensfrage betreffen, geben die Ausführungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann bereits heute zur Verdünnung seiner Arbeiten und Fertigstellung eines Berichtes an den Völkerbundsrat gelegen sein wird.

Stresemann vertritt den deutschen Standpunkt.

Madrid, 11. Juni. Die Sitzung des Nationalitäten, in der außer Deutschland auch Polen, Rumänien, Großbritannien und Italien den Wort ergriffen, dauerte bis gegen 2 Uhr. Die Aussprache verlief ohne ernstlichere Ereignisse und sich fast ausschließlich um die Minderheitenfragen. Die Verhandlungen begannen damit, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann noch einmal in ganz ausführlicher Weise den deutschen Standpunkt einnehmen und dem Komitee mehrere Wege zur Behandlung des gesamten Minderheitenproblems zeigte und der prinzipiellen wie auch der praktischen Seite vorschlug. Die von den deutschen Nationalitäten gelegentlichen Wege gehen in der Richtung einer Verlagung aber einer Uebersprechung der Fragen der Völkerbundsgarantie für den Schutz der Minderheiten an den Haager Ständigen Gerichtshof, aber schließlich einer Abänderung bestehender Verfahrensfragen, bei denen eine Eingang über Verbesserung erzielt werden könnte. In seinen Zeitungsnoten betonte Stresemann auch, daß bei der Lösung der Frage der Schaffung einer neuen Gestalt für Deutschland unumschränkt sei.

Briand sprach sich gegen eine Uebersendung an den Haag aus.

Nach dem ausgeschlossenen Stand der Verhandlungen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß über einen Teil der Verfahrensfragen ein Beschluß zustandekommt, während der Bericht über die Fragenkomplexen auf September vertagt würde.

Die Liquidationsfrage auf der Madrider Tagesordnung.

Berlin, 11. Juni. Die Besprechen der deutschen Minderheit über die Liquidationsfragen sind in nichtöffentlicher Sitzung im Dreiköpfekreisverfahren auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Aus Madrid.

Madrid, 11. Juni. Briand bestätigte gestern nachmittag Dr. Stresemann seine bisherigen Besuch ab.

Madrid, 11. Juni. Reichsminister Dr. Stresemann was empfing gestern die Besuche des finnischen und rumänischen Nationalgleichen, um sich über die verschiedenen im Nationalkomitee für die Minderheitenfragen bestehenden Auffassungen zu informieren.

•

London, 11. Juni. Der Generalsekretär der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller hat gestern zu einem geplänkelnden Besuch in London ein.

Um unser Schicksal.

E. H. Saarlouis, den 11. Juni 29.

Vorzeitigkeit sind die Festtage von Münster, wo am Mittwoch der 9. Tagung des Bundes der Saardeutschen unser heimatliches Problem sich unter erinnerten und Wert darauf legten, festzustellen, daß sie uns nicht vergessen hätten, sondern stets in Gedanken bei uns weilten. Erhebend und besinnlich diese Tagung, an der die gesamte Bevölkerung vom Bischofsamt Saarbrücken bis zum Bischofsamt Rottenburg beteiligt. Es war ein Tag deutsches Bekenntnisses, deutschen Rufes nach Recht und Gerechtigkeit, deutschen Bruderseites. Berichtet man auch alle, was die gesamte Zeitung Münsters („Westerfälische Volkszeitung") von dem Kongreß der Saarvereine schreibt: „Noch einmal wird das geistige Auge nach Südwestlich gelenkt, wo an der Grenze des Reiches die Saarländer unter der trennen, aufzuzwingenen Herrschaft leben und leiden. Wartet, so hat Gott jedem sein Maß, Ziel und Amt. Alle seid nicht verlassen! Wir denken an Euch! Wir Tausende hier sind nur ein Bruchteil des großen deutschen Volkes, das Euch Brüder an der Saar hält und halt wieder und wieder mahnen wird. Saarländer, von Euch Treue lebt, da kann Euch niemand bezwingen. Wie erwähnen Eurer Treue! Treue um Treue!" Aufrichtiger Dank sei unserer niederländischen Brüdern gesagt, die unsere Frage an der Ihrigen gemacht haben: Herr, mal uns frei!

•

Nachrichtung und Kundgebung aus unserer Heimat erzählen Ihnen Reichs- und der Deutschen Presse, der in diesen Tagen in Bremen seine Delegiertenversammlung abhielt, an der auch Vertreter aus dem Saargebiet teilnahmen. Diese Delegiertenversammlung hat am Donnerstag einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die Vertreterversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Bremen bestätigt sich einmütig hinter die Stellungnahme der Politischen Presse und erklärt: Die Deutschen Blätter an der Saar haben bisher ihr Schicksal gemeinsam getragen. Sie forderten daher gemeinsam ihre Befreiung. Die Vertreterversammlung bittet die Reichsregierung, alles Verlangen entgegenzutreten, die geeignet wären, das Saargebiet zum Bau behandelnd zu machen." — Auf das dem Bund der Saarvereine an den Verbandstag gerichtete Verabschiedungstelegramm wurde eine Antwort gesandt, in der die Versammlung nachdrücklich betont, daß sich die gesamte heute die Presse für die Lösung der Saarfrage im Rahmen der beginnenden Verhandlungen und [illegible] den Wünschen der Saarbevölkerung tatkräftig einsetzen wird.

Saargebiet und Rheinland fordern gemeinsam ihre Befreiung! Das ist der Ruf, der jetzt immer wieder laut wird. Wir hatten bereits im Februarheft vom vergangenen Jahrlang darauf hingewiesen und [illegible], daß wir wohl auch das Saargebiet in benutzen Zeitungen wieder dem Deutschen Reich einverleibt werden, und bereit das unselige Regime von Clemenceaus Gnaden vorüber sein. Diese Auffassung der ustätischen Verbundenheit von Saar und Rhein, der Abschicksgemeinschaft von besetzten Rheinland und dem Bitterbundsstaat Saargebiet, ist einmütig. Sogar in der französischen Presse findet wir ähnlich laudende Stimmen. So erinnern wir uns, daß am 18. Februar der „Petit Parisien" schrieb: „Was das Rheinland frei, dann fällt das Land an der Saar wie eine reife Frucht in das deutsche Reich." Leider sind diese Stimmen nur vereinzelt ausgeprägt.

Anderer Meinung ist auch der „Federalistische Bund", der kommt in Kürzlich der französischen Presse vertreteren artikelt, daß er bereit sei, mit Dr. Stresemann Konversationen über die weitere Behandlung der Genfer Beschlüsse in Fluß zu bringen. Von endgültigen Beschlüssen in Madrid kann zwar nicht die Rede sein, man merke aber deutlichen, einen Meinungsänderung über die Räumungsfrage zu führen. Bedauig Frage hinzu, daß es sei nur Wunsch nach unmöglich sei, die Rheinlandfrage mit den Saarproblem in direkten Zusammenhang zu bringen.